



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

<b>gemeinsamer Antrag</b> öffentlich  <b>Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> <b>SPD-Fraktion</b>	Drucksachen-Nr.: <b>21-1222</b>
	Datum: 11.06.2020
	Aktenzeichen: 123.30-04/0004

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Öffentlich	Bezirksversammlung	18.06.2020

**Bildungsgerechtigkeit auch in Zeiten von Corona sicherstellen:  
Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen und  
in der öffentlichen Unterbringung nicht vergessen!  
gemeinsamer Antrag der GRÜNE- und SPD-Fraktion**

Sachverhalt:

Zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus sind die Schulen in ganz Hamburg geschlossen worden. Sie wurden in den vergangenen Wochen schrittweise für einzelne Schüler\*innengruppen wieder geöffnet. Ein regelmäßiger Schulbetrieb wird aber bis zu den Sommerferien nicht stattfinden. Viele Schulen sind sehr engagiert und haben in dieser Zeit schnell zu einer Vielzahl digitaler Lernformen gefunden.

Die digitalen Lernformate und -materialien kommen aber leider besonders bei Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Unterkünften und stationären Einrichtungen nicht ausreichend an, da diese nicht flächendeckend über W-LAN und ausreichende PC-Infrastruktur sowie Drucker-Kapazitäten verfügen.

Im Bezirk Hamburg Nord gibt es zahlreiche stationäre Unterbringungsformen für Kinder und Jugendliche sowie für junge Mütter in Mutter-Kinder Einrichtungen. Auch in den Hamburger Frauenhäusern leben Kinder und Jugendliche.

Die nicht ausreichende Ausstattung stellt eine große Benachteiligung besonders jener jungen Menschen dar, die nicht in einem üblichen familiären Setting leben, sondern eben in Unterkünften, Jugendwohnungen, Kinderhäusern, Mutter-Kinder Einrichtungen, Frauenhäusern oder ähnlichen Wohnformen. Zu den oft vielen Belastungen, denen die dort lebenden Kinder und Jugendlichen ausgesetzt sind, kommt unter Corona eine weitere hinzu. Viele sind von der weiteren Beschulung quasi abgehängt.

Die genannte Gruppe von Kindern und Jugendlichen ist ganz besonders auf Bildungsgerechtigkeit angewiesen, da sie ohnehin in der Regel unter erschwerten Bedingungen leben und lernen.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung möge daher beschließen:

Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung möge die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) auffordern, den Träger\*innen bzw. Betreiber\*innen stationärer Unterbringungsformen, in denen schulpflichtige Kinder und Jugendliche untergebracht sind (Erst- und Folgeunterkünfte, Frauenhäuser, Jugendwohnungen, Kinderhäuser, Mutter-Kinder-Einrichtungen etc.), finanzielle Mittel bereitzustellen, um eine flächendeckende digitale Infrastruktur in den Einrichtungen sicherzustellen. Die Einrichtungen sollen mit W-LAN, einer geeigneten PC-/ Drucker-Infrastruktur und der kostenfreien Möglichkeit zum Ausdrucken von Schulunterlagen ausgestattet werden, damit die Kinder und Jugendlichen an den digitalen Lernformaten und -materialien der Schulen teilnehmen können.

**Für die GRÜNE Fraktion**

Timo B. Kranz  
Nadja Grichisch  
Anil Kaputanoğlu

**Für die SPD-Fraktion**

Angelika Bester  
Lena Otto

Anlage/n:

Keine